Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 114. **Sonntag** den 3. März 1901. **95. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Etliche Chinesenköpfe sind in den Sand gerollt, andere sollen — falls die bekannte und unumstößliche Nürnberger Justificationsregel es zuläßt — nachfolgen. Deutschland wird zufrieden werden, vorzüglich, weil es muß. Angesichts der Vortheilhaftigkeit des russisch-chinesischen Mandschureiabkommens für den Zarenstaat dürfte dieser bald aus der Reihe der „unter" Waldersee Agirenden gänzlich ausscheiden, und dieser Thatsache gegenüber werden hoffentlich auch die unablässigen englischen Bemühungen, die erloschene Rachegluth gewisser deutscher Kreise immer wieder aufs Neue anzufachen, das bisherige Glück einbüßen. Und wenn auch dem starken realpolitischen Factor, als welcher der China-Gleichmuth Rußlands — und Amerikas — sich darstellt, in Berlin die ihm gebührende Beachtung versagt werden sollte, so darf man seine Hoffnung in die Thatsache setzen, daß dort, in Berlin, China nicht mehr recht nervenkitzelnd wirkt.

Es wird ja an irgend einer anderen Motion nicht fehlen. Die bis zur Unartigkeit gesteigerten handelspolitischen Anzapfungen Deutschlands, in denen russische officiöse Organe sich fortgesetzt gefallen, werden aber kaum den Gegenstand der nächsten politischen Dilettantenbeschäftigung abgeben. Herr Witte ist Phychologe, aber jene Speculation auf die oft bewährte Berliner Fähigkeit, sich intimidiren zu lassen, schlägt diesmal wohl fehl, weil in Deutschland Elemente in Thätigkeit sind, die sich darüber ausweisen können, daß sie das Geschäft des Sichgefürchtetmachens auch verstehen. Damit sind die extremen Schutzzöllner nicht gemeint. Vom Grafen Bülow muß man bis zum Beweise des Gegentheils voraussetzen, daß er sich handelspolitisch von keiner Seite ins Bockhorn jagen läßt, und täuscht er dies Vertrauen, so ist der Bundesrath da, der gänzlich außer Stande ist, sich in den Zollfragen gegenüber einer etwa beliebten Amateur-Politik die Resignation aufzuerlegen, die ihm sonst bequem erscheint. Vorläufig darf man sich an die Thatsache halten, daß der Reichskanzler Herrn Witte sehr würdig und dabei sehr deutlich publicistisch hat rectificiren lassen. Dies rechtfertigt die Annahme, daß ihm die deutsch-freihändlerische Garde des russischen Ministers, die für diesen fremdländischen Schutzzöllner, wie auch für die Ungarn, Oesterreicher, Italiener, mit schweizerischem Reisläufergehorsam ficht, erst recht nicht imponiren wird. Die Herren machen viel Lärm, aber sie fühlen selbst, daß hinter ihrem Geschrei nichts steckt. So macht die „Voss. Ztg." unter Zustimmung des Herrn Richter seufzend darauf aufmerksam, daß die „Stürme" gegen jede Getreidezollerhöhung nur in solchen Orten „toben", die im Reichstage durch Abgeordnete vertreten werden, „die ohnehin gegen die Erhöhung der Zölle auf Getreide 2c. stimmen." Eine auf dieser Seite erstaunlich richtige Beobachtung, der natürlich die Aufforderung folgt, in Wahlkreisen mit gemäßigt-schutzzöllnerischer, insbesondere also mit nationalliberaler Vertretung sich den Gewählten furchtbar zu machen. Wenn die Herren dies probiren, so werden sie dieselbe Erfahrung machen, wie bei ihrem Versuche, die Opposition gegen das Zedlitz'sche Schulgesetz von 1892 in der Zollfrage zu copiren. Die guten Leute vergessen, daß in diesem echten und rechten Culturkampfe die Nationalliberalen und die Freiconservativen mit der gesammten Intelligenz Front machten, während jetzt die Thatsache unverkennbar ist, daß selbst in den Städten, deren zu ganz anderen Functionen gewählte communale Vertretungen gegen Kornwucher wettern, die bürgerlichen Mehrheiten der Bevölkerung sich klar sind, daß der Schutz der Industrien, von denen sie leben, und die Sicherung einheimischer ländlicher Absatzgebiete wichtiger sind, als die Verhätschelung einer kleinen Erhöhung der Preise gewisser Lebensmittel, wenn eine solche in Folge der Einlösung der feierlichen Zusage der Regierungen, der nationalliberalen und anderer Parteien überhaupt eintreten sollte. Was an dem Kampf Sinn hätte, die Abwehr von hohen Getreidezöllnern, mit deren Forderung Nullitäten wie Dr. Hahn sich amüsiren, ist ein Kampf gegen Windmühlen. Die Mehrzahl der Regierungen, die Nationalliberalen und das Centrum stehen auf dem Standpunct einer durch mäßige Steigerung der landwirthschaftlichen Zölle nicht gefährdeten Handelsvertragspolitik. Für die nationalliberale Partei hat dies soeben wieder der Abg. Bassermann als Gast einer Parteiversammlung der Provinz Sachsen unter allgemeinem Beifall versichert. Aber selbst fortgeschrittenere und vor allen Dingen temperamentvollere Schutzzöllner lassen ungeachtet der aus Rußland klingenden Drohung die Bereitwilligkeit zu einem besonderen Entgegenkommen gerade diesem Staate gegenüber erkennen und über die Differenzirung des Roggen- und des Weizenzolles ist noch lange nicht das letzte Wort gesprochen.

Die parlamentarischen Aussichten des Mittellandcanals haben sich in den letzten Tagen etwas ungünstiger gestaltet. Man darf sich aber durch die tendenziösen, auf außerparlamentarische Stellen berechnete Flaumacherei gewisser Preßorgane nicht irre machen lassen. Noch sind die Chancen der Canalfreunde größer als die der Gegner, und wenn das Verhältniß sich wirklich umkehren sollte, so bliebe dennoch (wir sagen das auch unseren Dresdener Freunden zum Trost) bestehen, was Minister Thielen vor zwei Jahren verkündigt hat: „Gebaut wird er", wenn nicht aus Mitteln des preußischen Staates, so aus denen der Interessenten, die auch in nichtpreußischen Territorien, z. B. in Bremen, vertreten sind. Die „lumpigen" 161 Millionen Mark kommen, wenn der Landtag versagt, zusammen, sie sollen sogar mancher guten Quelle zufolge schon gesichert sein.

In Preußen entpuppt sich wieder einmal ein als solide Speise auf das Menu gesetztes Gericht als ein Schaugericht. Man hat Zahllosen den Mund wässerig gemacht mit dem Versprechen demnächstiger Anerkennung der Gleichwerthigkeit der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen. Alles — im Preußen wohlgemerkt — freute sich darauf: die Gymnasialschulmänner, weil sie die humanistische Anstalt von einem Schülerballast befreit zu sehen hofften, und die Freunde der beiden anderen Schulgattungen aus selbstverständlichen Gründen. Nun soll aber zum Studium der Rechtswissenschaft (wie der Theologie) nach wie vor nur das Gymnasialabsolutorium berechtigen, hinsichtlich der Medicin scheint der Bundesrath — was wenigstens zu verstehen — Schwierigkeiten zu machen, und so enthält der schon erwähnte Erlaß des Herrn Studt gegenüber dem bestehenden Zustande die einzige Aenderung, daß künftig — classische Philologen das classische Bildung vermittelnde Gymnasium nicht besucht zu haben brauchen. Diese „Erweiterung des Berechtigungswesens" ist sicher nicht als Scherz gedacht, aber es wirkt so, denn bei einer wirklichen Gleichstellung der drei Lehranstalten würden Abiturienten des Realgymnasiums und der Oberrealschule sich keinem Studium seltener zugewendet haben, als dem der alten Sprachen.

Der Krieg in Südafrika.

Die Proclamation Steijn's und Dewet's.

Bekanntlich wurde im englischen Unterhause frech und ohne Scham behauptet, die Kriegsführung der Engländer in Südafrika sei durchaus nicht so blutig und räuberisch, so niederträchtig und völkerrechtswidrig, als in den Zeitungen behauptet werde. Die Proclamation Steijn's und Dewet's vom 14. Januar aber beweist, daß das englische Volk im Parlament von den Regierungsvertretern einfach schmählich belogen wurde. Die Proclamation lautet:

Wir bringen zur allgemeinen Kenntniß, daß weder die Kriegsgebräuche civilisirter Völker, noch die Genfer Convention von den Engländern respectirt worden sind. Sie haben im Widerspruch zu dieser Convention sich nicht gescheut, sich der Ambulanzen zu bemächtigen, die Aerzte gefangen zu nehmen, und außer Landes zu befördern, damit die verwundeten Boeren heilkundiger Hilfe entbehren sollten. Die Engländer haben Nichtkämpfer gefangen genommen und über die Grenze gesetzt, haben raubende Banden umhergeschickt, um das Privateigenthum der Boeren zu plündern, zu verbrennen und zu verwüsten. Sie haben die Kaffern bewaffnet und im Kriege gegen die Boeren gebraucht. Unaussprechlich wurden Frauen, Kinder, Greise und Kranke aus ihren Wohnungen vertrieben. Die haben sein Mitleid mit kranken Frauen und mit denen, deren Zustand sie vor Mißhandlung sichern sollte. So haben sie den Tod einer großen Anzahl Frauen verursacht. Die Soldaten haben die Kleidung ihrer Officiere Frauen und kleine Kinder nicht nur belästigt, sondern auch arg mißhandelt. In sehr vielen Fällen haben sie Vater und Mutter aus dem Hause gejagt und Alles den Wilden zur Beute überlassen.

Die Engländer haben der Welt vorgelogen, daß sie so handelten, weil die Boeren die Eisenbahnen in die Luft sprengten, die Telegraphendrähte durchschnitten und die weiße Flagge mißbrauchten. Aber fast alle Häuser in den beiden Republiken, ob sie sich in der Nachbarschaft einer Eisenbahn befinden oder nicht, sind zerstört, und was den Mißbrauch der weißen Flagge anlangt, so ist das eine jener unausgesetzten Verleumdungen, die von Anfang des Krieges an von den Engländern gegen die Republiken gerichtet worden sind. Es genügt ihnen nicht, ihre Gegner ihres ganzen Besitzes zu berauben, auch ihren guten Ruf müssen sie ihnen stehlen.

Sie verkünden der ganzen Welt, die Republiken seien erobert, der Krieg sei aus, und es seien nur noch hier und da einige Räuberbanden übrig, die in unverantwortlicher Weise die Feindseligkeiten fortsetzten. Das ist eine Lüge. Nein, die Republiken sind noch nicht erobert, der Krieg ist noch nicht vorüber, und die Truppen der beiden Republiken werden noch ebenso wie im Beginn des Krieges von verantwortlichen Führern befehligt mit dem Willen der beiden Regierungen.

Die Boerencommandos können nicht durch Behauptungen von Roberts und Kitchener in raubende Streifbanden verwandelt werden, und ebensowenig wird, so lange fortdauernd gekämpft wird, dem Kriege ein Ende gemacht durch die Versicherung, daß er aus sei. Wann war denn der Krieg aus? Nach dem Schlag am Spionskop? Nach Paardeberg? Nach der Besetzung von Bloemfontein oder Pretoria? Oder gar nach den Gefechten bei Denewsdorp und Commandoek, wo die Freiwilligen gefangen genommen und die Engländer gänzlich geschlagen wurden?

Die Boeren würden den Namen Menschen nicht verdienen, wenn sie die Engländer nicht züchtigten, die Frauen mißhandeln und aus bloßer Zerstörungswuth Haus und Herd verwüsten.

Daher haben wir wieder einen Theil unserer Burghers nach der Capcolonie geschickt, nicht nur um Krieg zu führen, sondern auch um im Stande zu sein, Rache zu üben. Wir warnen also die englischen Officiere, daß, wenn sie nicht mit dem Zerstören von Privateigenthum in den beiden Republiken aufhören, wir uns durch die Zerstörung des Eigenthums englischer, uns nicht wohlgesinnter Unterthanen in der Capcolonie rächen werden.

Aber, um allen Mißverständnissen zuvorzukommen, erklären wir hier öffentlich, daß wir die Frauen und Kinder nicht belästigen werden, was auch die englischen Truppen den unsrigen angethan haben mögen. Wir fordern nichts von unseren Brüdern in der Capcolonie, aber wir appelliren an sie und an die ganze civilisirte Welt, uns im Namen der Menschlichkeit und des Christenthums zu helfen, der barbarischen Kriegsführung der Engländer ein Ende zu machen.

Wir werden allezeit beten, daß der Gott unserer Väter uns nicht in diesem schrecklichen Ringen verläßt.

Die Wirren in China.

Die Wiederherstellung der zerstörten Eisenbahnen in China.

Aus Peking, 4. Januar, wird uns Folgendes geschrieben: Die Wiederherstellung der durch die Boxerbanden zerstörten Eisenbahnen schreitet rüstig vorwärts. Die Strecke Pangtsun-Peking ist seit dem 18. December wieder in durchgehendem Betriebe. Vorläufig verkehrt zwischen hier und Tientsin in jeder Richtung ein fahrplanmäßiger Zug, wozu hin und wieder Extrazüge kommen. Gleichzeitig mit der Wiederherstellung der früheren Eisenbahnlinie ist von Ma-chia-pu, dem bisherigen Endpuncte, ein 7 Kilometer langer Strang durch die Südmauer der Chinesenstadt hindurch in die letztere hineingeführt worden. Der Bahnhof befindet sich jetzt auf einem dem Tempel des Himmels vorgelegenen großen freien Platz. Dadurch ist die Entfernung vom Gesandtschaftsviertel bis zur Eisenbahnstation um mehr als die Hälfte abgekürzt worden. Die Bahn Lu-tou-chiao-Paotingfu, die durch die Franzosen und Belgier wiederhergestellt wird, soll noch im Laufe dieses Monats fertig werden. Nach einer Mittheilung der französischen Militärbehörden besteht die Absicht, diese Bahn ebenfalls von Lu-kou-chiao aus direct nach der Stadt zu führen und dann allen verbündeten Contingenten zur Verfügung zu stellen. Die südliche Verlängerung dieser Bahn bis Schengting-fu, die bei Ausbruch der Boxerunruhen zwar noch nicht dem Verkehr übergeben, aber nahezu fertiggestellt war, soll merkwürdiger Weise ziemlich unberührt geblieben sein, so daß sie wahrscheinlich im Frühjahr in Betrieb gesetzt werden kann. Die Strecke Tangku-Shanhaikwan, von welcher 63 Kilometer gänzlich zerstört worden waren, konnte bisher noch nicht wieder ganz eröffnet werden, da verschiedene Brücken, u. A. die über den Peitang-Fluß bei der Station Hanku, noch nicht wieder hergestellt sind. Da es sehr an rollendem Material, besonders an Locomotiven fehlt, hat der Verkehr auf den reparirten Strecken noch nicht in vollem Umfange wieder aufgenommen werden können, doch wird diesem Mangel bei Wiedereröffnung der Schifffahrt voraussichtlich abgeholfen werden.

Zum Protest gegen Rußland.

Aus Peking meldet in Ergänzung unserer früheren Mittheilungen das Kabel unterm 27. Februar: Aus sicherer Quelle verlautet, daß Deutschland, England und Japan übereingekommen sind, hauptsächlich mit Rücksicht auf die russischen Aspirationen bei der chinesischen Regierung durch die Vermittelung Li-Hung-Tschang's vorstellig zu werden und den beigehenden Rath zu geben, in Zukunft überhaupt keine Specialconcessionen mehr an Angehörige irgend welcher fremden Nation zu vergeben. Li soll bereits entsprechend nach Singanfu berichtet haben und der Ueberzeugung sein, daß die Vorstellungen das gewünschte Resultat haben werden. Das gemeinsame Vorgehen der drei genannten Mächte findet allgemeinen Beifall und wird mit großer Befriedigung als eine Antwort auf die Convention betrachtet, welche Rußland der kaiserlichen Regierung aufzwingen will und wodurch die Mandschurei unter allen Umständen vollständig unter russische Botmäßigkeit gerathen würde. Die Paragraphen dieser Convention sind von China noch nicht ratificirt worden, obwohl der Tatarengeneral als oberster Vertreter des chinesischen Kaisers in der Mandschurei sich zur Annahme derselben schon bereit erklärt hat. Man erwartet von der Action der drei Mächte hauptsächlich, daß sie fernerem feindlichen Durchstechereien und eigennützigen Agitationen, um in der Hauptsache immer wieder Rußland zur Last gelegt werden, einen Riegel vorschieben wird, und ist nunmehr sehr gespannt darauf, was der nächste Gegen-Schachzug der russischen Diplomaten sein wird.

Allgemeine Bewunderung und Zufriedenheit erregt immer aufs Neue das ehrliche und stets rücksichtsvolle Verhalten Japans; die Regierung des Mikado hätte aus allerhand sattsam bekannten Gründen und aus eigennützigen Rücksichten nur zu leicht manchen Mißton in das ohnehin so wenig harmonische Concert der verbündeten Mächte bringen können, während sie in Wirklichkeit mit stets gleichem Tacte und zweifelsohne Berücksichtigung der Wünsche und Interessen der übrigen Alliirten nach besten Kräften die schwierigen Verhandlungen erleichtert und dadurch mehr als einmal den Weg zur Einigung geebnet hat.

Deutsches Reich.

11 Berlin, 2. März. (Die Wiederherstellung der Hohkönigsburg.) Wenn in socialdemokratischen Blättern von Neuem gegen die im Etat für 1901 enthaltene Forderung für die Wiederherstellung der in der Nähe von Schlettstadt belegenen Hohkönigsburg mit der Bemerkung Widerspruch erhoben wird, daß die Ausgabe Privatsache des Kaisers wäre, so wird dabei wieder mit den socialdemokratischen Verdrehungskünsten gearbeitet. Gewiß ist die Burg im Mai 1899 durch die Schenkung der Stadt Schlettstadt in das Eigenthum des Kaisers übergegangen; es sind denn auch beträchtliche Mittel aus der Schatulle des Kaisers hergegeben worden, um eine gründliche Aufgrabung und Untersuchung der vorhandenen Mauerzüge und Baulichkeiten vorzunehmen, wodurch es überhaupt erst ermöglicht ist, das Bild, welches die Burg zur Zeit ihres Glanzes um die Wende des 15. Jahrhunderts dargeboten hat, in voller Treue wiederherzustellen. Bei der in Aussicht genommenen Wiederherstellung handelt es sich aber gar nicht um Privatzwecke des Kaisers, sondern um die Wahrung und Förderung allgemeiner, öffentlicher Interessen. Es liegt nämlich nicht in der Absicht, wäre auch nach Beschaffenheit und Lage der Räume kaum ausführbar, die Burg für Wohnzwecke etwa als Schloß nutzbar zu machen. Es handelt sich vielmehr vornehmlich um die dringendsten baulichen Maßnahmen zur Erhaltung und zum dauernden Schutze des Bestehenden. Insoweit die Wiederherstellung über diesen Zweck hinausgeht, liegt es in der Absicht, in künstlerischer Durchführung ein Bild der deutschen Vergangenheit zu schaffen. Diesem letzteren Zwecke soll dadurch entsprochen werden, daß Alterthümer aus der deutschen, besonders der elsässischen mittelalterlichen Geschichte gesammelt und, nach Art eines Museums geordnet, den Besuchern der Burg zur Besichtigung dargeboten werden. Dadurch rechtfertigt sich die Uebernahme der Kosten auf öffentliche Fonds vollkommen. Der Socialdemokratie sind diese der Einstellung der betreffenden Forderung in den Reichshaushaltsetat für 1901 zu Grunde liegenden Erwägungen vollständig bekannt; trotzdem wird sie nicht müde, zu erklären, die Forderung gehöre „von Rechtswegen" nicht in den Etat. Die große Mehrheit des Reichstags dürfte anders denken als das socialdemokratische Bananenthum.

plr. **Berlin**, 2. März. (Das ostafrikanische Centralbahnproject.) Bis der Etat für die Schutzgebiete in der nächsten Woche an die Budgetcommission des Reichstags gelangt, hat sich die Sachlage hinsichtlich der großen Seeschlange, ostafrikanische Centralbahn genannt, vollständig umgewandelt. Nicht mehr das Reich will den Bahnbau unternehmen, ein Consortium von Banken, das schon früher unter unannehmbaren Bedingungen die Concession nachgesucht hatte, soll jetzt in die Unternehmung eintreten. Im Reichshaushalt für die Schutzgebiete für 1901 waren als erste Rate zum Bau einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro zwei Millionen Mark gefordert. Die Strecke ist 200 Kilometer lang; die Kosten für den Kilometer waren auf Grund eines Gutachtens des Oberleutnants Gerding auf etwa 65 000 ℳ, für die ganze Strecke auf 15 Millionen Mark berechnet. Angesichts der Thatsache, die auch jetzt wieder bei der zweiten Nachforderung für die Strecke Muhesa-Korogwe der Usambara-Eisenbahn unangenehm in die Augen fällt, daß nämlich bei derartigen colonialen Unternehmungen die wirklichen Kosten den Voranschlag gewöhnlich um 50, 60, ja 100 Procent überflügeln, stand man den Berechnungen Gerding's von vornherein mißtrauisch gegenüber, zumal da nach seinem eigenen Geständniß bei der Kürze seines Aufenthaltes in Ostafrika von einer gründlichen Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse keine Rede sein konnte. Indessen begegnete dieser erste Theil der Bahn, der durch wasserreiches und fruchtbares Gebiet führt, keinem principiellen Einwand, auch nicht von Seiten der angesehenen Afrikaner Professor Hans Meyer, Eugen Wolf, von Elpons u. s. w., die es nur für völlig verfehlt erklärten, den Bau über Mrogoro hinaus fortzuführen, durch Steppengebiet, in dem nichts zu holen wäre. Nun hatte das von der deutschen Bank geführte Consortium bisher den Plan, die ganze Bahnstrecke zu bauen, wenn das Reich die Zinsgarantie leisten würde. Davon ist das Consortium offenbar abgekommen; es hat die Güte, die wirthschaftlich ertragreiche Strecke bis Mrogoro bauen zu wollen, wenn das Reich die weitestgehende Sicherheit für diese an sich ziemlich gesicherte Unternehmung bieten will: 3 Procent Zinsgarantie für ein auf 24 (!) Millionen bezifferten Baucapital und allerhand Landconcessionen. Vergebens forschen wir nach dem Schlüssel zur Lösung des Räthsels, das der Oeffentlichkeit hiermit aufgegeben wird. Ist die Bahn von dem wirthschaftlichen Werthe, den ihr die Afrikaner übereinstimmend beilegen, — ja, warum in aller Welt läßt man denn das Reichsbahnproject plötzlich fallen? Nur weil man sich in dem Kostenanschlag verstiegen hat, weil nicht 15, sondern jetzt schon 24 Millionen Baucapital nöthig sind? Für eine rentable Unternehmung hat aber das Reich ebensogut 24, wie 15 Millionen verfügbar. Oder man hat sich allenthalben geirrt: schon die Strecke bis Mrogoro ist ein unsicheres Magniß, — dann wäre es für das deutsche Reich fast noch besser, 24 Millionen weggeworfen und nichts geschadet, als ein Consortium von Speculanten nach Ostafrika gelockt zu haben, denn es wäre dann unvermeidlich, daß das Consortium immer ein Loch aufmachen würde, um ein anderes zu verstopfen, und daß wir so vom Regen des Baarverlustes in die Traufe der Verwüstung dauernder Culturinteressen in unseren Colonien kämen. Und diese Besorgniß ist nur zu sehr begründet, denn — mit der Bahnconcession sollen gewisse Landconcessionen verbunden sein, die uns zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben müssen. Wenn dem Consortium längs der Bahn gewisse Ländereien abgetreten werden, giebt das Reich den einzigen Vortheil aus der Hand, der ihm aus einer erfolgreichen wirthschaftlichen Erschließung des Binnenlandes erwachsen könnte. Von den Freunden der ostafrikanischen Centralbahn wird mit Vorliebe auf das Vorbild der nordamerikanischen Bahnen hingewiesen. Aber das Emporkommen der amerikanischen Eisenbahnmilliardäre ist dort nur möglich gewesen durch ein System, das ihnen mit der Eisenbahn selbst die rücksichtslose Ausbeutung der von ihr durchschnittenen Gebiete ermöglichte. Was aber heutzutage etwa in Kleinasien, wo das finanziell und wirthschaftlich unfähige türkische Reich ähnliche Concessionen an die Gesellschaft für den Bau der anatolischen Bahnen macht, vielleicht nothwendig, recht und billig ist, braucht sich das starke und mächtige deutsche Reich an keinem Puncte der Welt, auch nicht in Südafrika, in Schantung oder sonstwo gefallen zu lassen.

* **Berlin**, 2. März. (Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der australischen Conföderation.) Im Märzheft der „Deutschen Rundschau" wird von einem sachkundigen Autor, Emil Jung, die Conföderation der australischen Colonien einer interessanten Erörterung unterzogen. Jung kommt dabei auf die Frage zu sprechen, ob man in Australien dem unausgesetzten Drängen Chamberlain's nachgeben und einem Zollverein für das ganze britische Reich nach dem Vorbilde des deutschen Zollvereins sich wird anschließen wollen. Die Gründe, aus denen eine Entscheidung dieser Frage für uns einerseits schwerwiegend, andererseits nicht zu fürchten ist, sind in der nachstehenden Darlegung Jung's enthalten: „Der deutsche Gesammtumsatz mit den australischen Colonien erreichte 1899 nach der officiellen Statistik die Höhe von nahezu 159 Millionen Mark. Das giebt aber kein richtiges Bild, da viele australische Waaren über belgische, niederländische und englische Häfen nach Deutschland eingeführt werden und deutsche Waaren auf denselben Wegen nach Australien gehen. In beiden Fällen erscheinen sie in unrichtigen Rubriken. Man wird daher unseren Handelsverkehr mit dem fünften Welttheil bedeutend höher, vielleicht auf 200 Millionen Mark, einschätzen müssen, da gerade der industrielle Westen Deutschlands darauf angewiesen ist, nichtdeutsche Häfen zu benutzen. Was aber der Frage eine ganz besondere Bedeutung verleiht, ist das gewaltige und immer schneller steigende Ueberwiegen der australischen Einfuhr über unsere Ausfuhr. Von jenen 159 Millionen Mark haben wir nicht weniger als 121,2 Millionen Mark für australische Waaren gezahlt, aber nur für 37,8 Millionen Mark dorthin ausgeführt. Wir senden Industrieartikel und empfangen Rohstoffe, vor Allem Wolle, dann Häute, Talg, Fischbein u. s. w. Die könnten wir auch aus anderen Ländern, namentlich aus Argentinien, beziehen und so den schweren Schlag, den man unserer Industrie versetzen wollte, mit einem noch schwereren für Australiens wichtigsten Lebensnerv, die Viehwirthschaft, vergelten. Die Australier aber sind gute Kaufleute und haben seit den Ausstellungen von Sydney und Melbourne, die auf Anregung des Schreibers dieser Zeilen durch den Fürsten Bismarck ins Werk gesetzt wurden, sehr wohl erkannt, daß die Etiquette „made in Germany" eine vortreffliche Marke ist, ohne die Nebenbedeutung, die man ihr in England hat geben wollen. Sie nehmen das Gute, wo sie es finden. So mögen unsere wirthschaftlichen Beziehungen mit Australien noch lange ungestört bleiben und auch unter dem neuen Bundesstaate weiter fortdauern und sich in stetigem Wachsthum erweitern."

* **Berlin**, 2. März. (Die Goethe-Stiftung.) Die von Ferdinand Avenarius entworfene und von einer großen Anzahl bedeutender Männer unterzeichnete Petition für eine Goethe-Stiftung, die demnächst an den Reichstag gelangen soll, liegt jetzt vor: sie ist in ihren Zielen und Bestrebungen am Deutlichsten durch den Wortlaut des Entwurfes gekennzeichnet. Dieser lautet:

1) Unter dem Namen „Goethe-Stiftung" wird eine nationale Stiftung errichtet zur Unterstützung des werthvollen dichterischen